

In einer Demokratie gibt es immer mehrere Alternativen.

Plädoyer für eine Vielfalt an Strategien im Umgang mit Rechtspopulismus für Akteure vor Ort

Rechtspopulismus ist national wie international eine Herausforderung für die Demokratie. Die Unsicherheit im konkreten Umgang damit ist groß, im privaten wie im öffentlichen Raum. Vor allem für zivilgesellschaftliche Organisationen stellen sich Fragen des praktischen Umgangs. Deshalb einige Hinweise mit der Hoffnung, dass diese die Handlungssicherheit erhöhen.

Prämissen

- Rechtspopulismus bewegt sich im politischen Bereich zwischen den rechtskonservativen, demokratischen Strömungen und den rechtsextremen, jenseits des Verfassungsrahmens angesiedelten politischen Strömungen. Eindeutig rechtsextrem ist er damit nicht, trotz der offensichtlich fließenden Übergänge nach Rechtsaußen.
- Es braucht neue Strategien des Umgangs, da Verbote und Ausgrenzungsstrategien, wie sie z. B. im Umgang mit rechtsextremen Parteien entwickelt wurden, hier ein unzulässiger Eingriff in die Demokratie zum Schutze der Demokratie wären.
- Rechtspopulisten lieben die Provokation, um öffentliches Aufsehen zu erregen. Dagegen hilft nicht, sich defensiv zu rechtfertigen, sondern nur eine offensive Strategie, die die eigene Haltung deutlich macht.
- In Deutschland kann trotz aller Probleme aus einer Position der demokratischen Stärke und Erfahrung dem Rechtspopulismus begegnet werden. Es besteht kein Bedarf an Alarmismus und Untergangspanthasie.
- Der Sozialwissenschaftler Dieter Rucht unterscheidet bei sozialen Bewegungen folgende Gruppen: Eliten, Basisaktivisten, Unterstützer und Sympathisanten. Dieser Ansatz kann auch für den Umgang mit Rechtspopulismus hilfreich sein. Engagierte Bürger haben wahrscheinlich wenige Möglichkeiten, überzeugte Parteifunktionäre zu einem Umdenken zu bewegen. Die größte Veränderung kann wohl bewirkt werden, wenn diejenigen Unterstützer und Sympathisanten nicht aus dem Auge verloren werden, die sich von den einfachen Lösungen der Rechtspopulisten angesprochen fühlen.
- Rechtspopulisten zielen auf die Emotionalität der Menschen in der Vermittlung ihrer Inhalte ab. In der politischen Kommunikation ist nicht nur das Faktenwissen relevant. Auch emotionale Aspekte spielen eine wichtige Rolle.

Strategien

Kerngedanke des Papiers ist es, dass mögliche Strategien gleichzeitig beschritten werden können. Es gibt keine Unvereinbarkeit und kein „besser“ oder „schlechter“. Für die kommunale Ebene empfehlen wir je nach Bedarf, örtlicher Ressource und konkreter Problemlage eine Kombination aus fünf grundsätzlichen Handlungssträngen

1. Gute Praxis nicht in Frage stellen und sich selbst treu bleiben

In der politischen Bildungsarbeit gibt es vielfältige, wiederholt geprüfte und entwickelte Kompetenzen und Ansätze für unterschiedliche Zielgruppen. Diese erprobten Methoden der demokratischen Bildung und Entwicklung müssen zwar evaluiert, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, nur weil sich der Rechtspopulismus im Aufschwung befindet. Im Gegenteil: Gute Praxis muss unbeirrt fortfahren können und braucht weiterhin politische Unterstützung und finanzielle Sicherheit. Eine mögliche Teilnahme von rechtspopulistischen Akteuren sollte keine Beschneidung demokratischer Spielregeln zur Folge haben.

2. Aufsuchend zuhörende politische Bildung

Rechtspopulisten erreichen weit überdurchschnittlich bisherige Nichtwählermilieus, die weder von den demokratischen Parteien noch von den Förderprojekten der Demokratie in größerer Zahl erreicht werden. Wir raten zu neuen, aufsuchenden Formaten.

Es geht zunächst darum, in alltägliche Treffpunkte zu gehen und zuzuhören. Themen sollten aufgegriffen, nicht vorgegeben werden. Daraus resultierende Angebote vor Ort sollten so niedrigschwellig wie möglich sein. So kann neue Kommunikation als Basis jeder Demokratieentwicklung entstehen und den Rechtspopulisten der Mythos der Vertretung der „Normalbürger“ entzogen werden. Es gibt dazu bislang nur wenige Konzepte. Hier bräuchte es neue Spielräume und den Mut zum Experiment.

3. Konflikte mit Sprengkraftqualität selbst benennen und besetzen

Rechtspopulisten gerieren sich gerne als vermeintliche Tabubrecher und versuchen lokale Konflikte als Belege ihrer rechtspopulistischen Ideen und Forderungen zu nutzen. Dies misslingt, wenn die demokratischen Akteure schneller und mutiger sind. Auch die Schattenseiten im Kontext von Integration und Desintegration der Gesellschaft, Migration und Flucht, Kriminalität und Sicherheit, Ungleichheit sowie der realen politischen Praxis in der Parteiendemokratie müssen von demokratischen Initiativen selbst und zwar öffentlich aufgegriffen werden.

Diese Themen müssen basierend auf den Werten des Grundgesetzes interpretiert und lösungsorientiert diskutiert werden. Der Aspekt, dass Rechtspopulisten z. B. solche Foren nutzen werden, um sich in ihrem Sinne dazu zu äußern, sollte nicht schrecken, sondern ermuntern. Schließlich kann so konkret widersprochen und die eigene Position klargestellt werden. Dies wird nicht alle Populisten überzeugen, zielt aber auf deren mögliche Unterstützerkreise und ermöglicht diesen einen Vergleich der Positionen und damit die Bildung einer eigenen Meinung und Haltung.

Ein doppeltes Dilemma ist dabei nicht auflösbar: Natürlich kann die öffentlich geäußerte Denke der einen die Handlung anderer motivieren. Das gilt auch für menschenfeindliche Einstellungen und kann nicht vollständig verhindert werden. Auch besteht die Gefahr gezielter Kampagne oder Shitstorms auf Einzelne oder Gruppen durch rechtspopulistische Netzwerke. Hier hilft nur die konkrete Solidarität mit den Betroffenen.

4. Rechtsextreme Grenzüberschreitungen müssen klar benannt und zurückgewiesen werden.

Wenn aus Rechtspopulismus Rechtsextremismus wird, muss das klar benannt und zurückgewiesen werden. „Rote Linien“ sind u.a. die Rechtfertigung oder Anwendung von Gewalt im Kontext von Ideologien der Ungleichwertigkeit. Die Meinungsfreiheit ist im Grundgesetz weit gefasst. Eine Diskriminierung Einzelner oder die Abwertung ganzer Menschengruppen ist mit einer demokratischen Haltung aber nicht zu vereinbaren.

5. Selbstvergewisserung der eigenen Werte und Ideen ist notwendig.

Demokratisches Engagement lebt von der Idee, eine „gute“ und menschenfreundliche Gesellschaft mitgestalten zu können. Es geht somit zunächst um ein konstruktives „Dafür“. Das Abarbeiten an der „anderen Seite“, hier dem Rechtspopulismus, ist schnell ermüdend. Wichtig ist daher auch der gemeinschaftliche Austausch über eigene Werte. Damit wird kein Rechtspopulist überzeugt; dies ist aber eine Quelle eigener, auch emotionaler Stärke, um die Auseinandersetzung dauerhaft und mit viel Selbstbewusstsein führen zu können.

Als **PRAXISFORUM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS** haben sich acht Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Bildungsträgern zusammengeschlossen, um gemeinsam zu beraten, wie eine erfolgreiche Politik gegen Rechtsextremismus aussehen könnte.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten;
Dr. Dierk Borstel, Professor für Praxisorientierte Politikwissenschaft FH Dortmund;
Gerhard Bücken, Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund;
Dr. Olaf Lobermeier, Gesellschafter proVal. Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung, Evaluation;
Hanna Lorenzen, Bundestutorin Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Bildung;
Dr. Michael Parak, Geschäftsführer Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.;
Patrick Siegele, Direktor Anne Frank Zentrum;
Sebastian Reißig, Geschäftsführer Aktion Zivilcourage e.V.

Kontakt: Praxisforum gegen Rechtsextremismus
c/o Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstr. 13–14, 10785 Berlin
Ansprechpartner: Dr. Michael Parak, parak@gegen-vergessen.de; Tel. 030 / 2639783